

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Versammlungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Die neuen Steuervorlagen

Die Reichsregierung hat ein Bündel neuer Steuergesetzentwürfe veröffentlicht. Es gibt Preise, die der Auffassung sind, es sollten während des Krieges überhaupt keine neuen Steuern zur Einführung gelangen, man solle die Kriegskosten lediglich aus Anleihen bestreiten. Der ausschlaggebende Grund für diese Forderung ist, jede Beunruhigung der Bevölkerung durch neue Steuern während des Krieges fernzuhalten. Das klingt ja ganz gut, wer aber näher in den Dingen ins Auge schaut, wird sich kaum dafür entscheiden können, auch wenn man noch anführt, die Lasten des Krieges brüchten sowieso schon schwer genug. Es gilt, das Reichshaushaltsbudget im Gleichgewicht zu halten und den Zinsen dienst für die aufgenommenen Kriegsanleihen nicht aus neuen Anleihen, sondern aus Steuereinnahmen zu decken. Ein derartiges Vorgehen ist jedenfalls der gesündeste Weg. Er zeugt von Kraft und Selbstvertrauen und stärkt den Willen, sich nicht die Verhältnisse über den Kopf wachsen zu lassen, sondern sie frühzeitig zu meistern. Einmal müssen die Lasten ja doch getragen werden, davor schützt uns niemand. Mancher, der jetzt für Vertagung öffentlich schwärmt, hat vielleicht auch den Keim aber nicht harmlosen Hintergedanken, nach dem Kriege sei man in der Ausgestaltung dieser oder jener Steuer freier in der Maßnahme auf bestimmte Volksschichten. Wir sind daher entschieden schon für die jetzige Zusage der Reichsregierung, die Steuergesetzgebung zur Deckung der bisher entstandenen Kriegskosten. Was jetzt geschehen soll, bedeutet ja immerhin nur einen Teil der Deckung, und zwar nicht den größten. England ist mit seiner Steuergesetzgebung uns schon vorangegangen. Die deutschen Bundesstaaten und zahlreiche Kommunen folgen, ergo kann und darf das Reich nicht zurückbleiben.

Die von der Reichsregierung eingebrachten Steuerentwürfe umfassen direkte und indirekte Steuern. Als direkte ist die Kriegsgewinnsteuer vorgesehen, als indirekte die Erhöhung der Tabaksteuern, der Postgebühren, der Frachtturkundenstempelsteuer und Einführung einer Quittungsstempelsteuer.

Ueber die Notwendigkeit der Kriegsgewinnsteuer besteht ohne weiteres bei allen denen, die keine Meinungsverschiedenheit. Wer während des Krieges, wo die große Volksmasse zum Teil unerhörte Opfer bringen muß, imstande ist, sein Vermögen zu steigern, dem obliegt die moralische Pflicht, einen erheblichen Teil davon dem Staat zu opfern, und zwar zur Deckung der Kriegskosten. Die „Vorbb. Allg. Ztg.“ nennt dieses „eine Forderung des sozialen Bewusstseins“. Das ist durchaus richtig. Und das „soziale Bewusstsein“ wird um so mehr befriedigt sein, je schärfer die Kriegsgewinne zur Besteuerung herangezogen werden.

Die veröffentlichte Vorlage über die Kriegsgewinnsteuer will jeden während des Krieges erzielten Vermögenszuwachs über 3000 M erfassen. Voraussetzung ist, daß der Vermögenszuwachs mit dem Gesamtvermögen 6000 M nicht übersteigt. Erbschaften sind davon ausgeschlossen. Für die ersten 20 000 M beträgt die Kriegsgewinnabgabe 5 Prozent, für die folgenden 30 000 M 6 Prozent und steigert sich auf 20 Prozent bei Gewinnen von einer Million und auf 25 Prozent bei noch höheren. Das Schwergewicht ist jedoch auf das Wort „folgenden“ zu legen. Es werden nämlich nur die jeweiligen Sätze der vorgesehenen Gewinnstufen entrichtet. Wer mehr als eine Million Gewinn zu versteuern hat, zahlt für die ersten 20 000 M nur 5 Prozent wie jeder andere, der überhaupt keinen höheren Gewinn hat, für die zwischen dieser und 50 000 M liegenden Summe 6 Prozent, für die folgenden 50 000 M 8 Prozent und so fort. Die Progression ist mithin nicht in dem Sinne gedacht, daß, wer über eine Million verdient hat, nun für den ganzen Gewinn 25 Prozent abgeben muß, sondern er zahlt nur für die vorgesehenen Stufen. Daher beträgt der Höchst-

satz bei einem Gewinn von über einer Million nicht 25, sondern insgesamt nur 16,18 Proz. Diese Steuerlast erfahren eine Verdoppelung für das während des Krieges über das Friedens Einkommen vermehrte Einkommen. Dieses Mehreinkommen wird also doppelt erfaßt, aber auch nur dann, wenn das Einkommen vor dem Kriege 10 000 M betragen hat.

Die Besteuerung der Gesellschaften (Aktiengesellschaften usw.) geht nach einem anderen Maßstab vor sich. Von Gesellschaften, deren Durchschnittsgewinn unter 10 Prozent auf Kapital und Reserve bleibt, sind von einem Kriegsmehrgewinn von 2 Prozent 10 Prozent abzugeben, und steigt bis auf 30 Prozent bei einem Kriegsmehrgewinn von 20 Prozent auf Kapital und Reserve. Der Abgabesatz steigt mit der Höhe der Durchschnittsrente und beträgt bei einer solchen von mehr als 30 Prozent 45 Prozent. Wie man hieraus ersehen kann, ist dies Berechnungssystem ziemlich verwickelt.

Man kann wohl der Meinung sein, ein erheblich schärferes Zufassen bei den Kriegsgewinnen ließe sich rechtfertigen. Wenn von einem Kriegsgewinn von einer Million 160 000 M abgegeben werden müssen, so ist das jedenfalls sehr milde. Die Regierung ist der Auffassung, mit einem höheren Steuerfuß würde die Arbeitsfreudigkeit und der Unternehmungsgeist des Industriellen, des Kaufmanns und des Landwirtes beeinträchtigt. Bei den vorgesehenen Steuerfüßen können wir dieses nicht annehmen. So sehr man die Leistungen unserer Industrie anerkennen muß, sind doch auch die Opfer der übrigen Volksgenossen dagegen in Parallele zu stellen.

Es war wohl vorauszu sehen, daß der Tabak zu den Kriegsteuern herangezogen werden würde. Die neue Belastung soll 150 Millionen Mark bringen. Gewiß ist der Tabak ein Genußmittel, ohne das der Mensch leben kann. Er bildet aber für die breite Volksmasse eines der wichtigsten, für die Ärmsten fast das einzige Genußmittel. Darauf ist Bedacht zu nehmen. Die bisherige Tabaksteuer betrug 151 Millionen Mark, erfährt mithin nach dem vorgesehenen Entwurf eine reichliche Verdoppelung. Das erscheint uns als zu weitgehend, die Tabakarbeiter insbesondere sind von dem Entwurf keineswegs erlöst. Selbst wenn die Steuer nach dem Werte des Tabaks erheblich gestaffelt wird, wird es mit den billigen Zigarren- und Tabaksorten vorbei sein. Das war bisher ein Vorzug in Deutschland. Daß wir an einer Erhöhung der Tabaksteuer nicht vorbeikommen, das ist uns vollständig klar, der Reichstag aber wird zu untersuchen haben, ob das von der Regierung Geforderte unbedingt notwendig ist. Die Steuer muß außerdem eine Ausgestaltung erfahren, die den Tabakkonsum der Ärmsten am meisten schonen.

Von den Verkehrssteuern interessiert in erster Linie die Erhöhung der Postgebühren. Durchschnittlich ist eine Erhöhung um 50 Prozent in Vorschlag gebracht. (Siehe unter Allgemeines.) Unsere liebgewordenen und auch in der Teilbarkeit bequemen Postsätze sollen ein Opfer des großen Krieges werden. Die Postkarte soll auf 7 Pf., der Brief im Fernverkehr auf 15 Pf. erhöht werden. Die Sätze für Drucksachen, für Pakete, Telephon und Telegramme, der Postanweisungen sollen ebenfalls erhöht werden, ebenso der Frachtturkundenstempel. Ein Frachtturkundenstempel auf Stückgutsendungen per Bahn oder Schiff soll zur Einführung gelangen. Die Erhöhung dieser Verkehrssteuern soll einen erheblichen Beitrag abwerfen. Von allen vorgeschlagenen Steuern wird diese mit am unangenehmsten empfunden werden.

Die Quittungssteuer soll Zahlungen unter 10 M freilassen, jener Quittungen über Lohn- und Gehaltszahlungen, sowie Mieten, die weniger als 30 M pro Monat betragen. Im übrigen werden alle Quittungen betroffen, für die ein rechtlicher Zwang besteht. Die Steuer wird nach der Höhe des Betrages gestaffelt.

Unter den vorgeschlagenen Steuern bildet nur die Kriegsgewinnsteuer eine direkte Besteuerung, über den Charakter der Postgebühren gehen die Auf-

fassungen teilweise auseinander. Sie werden überall dort zu einer indirekten Steuer, wo sie durch einen Zuschlag zum Warenpreis auf den Verbraucher abgewälzt werden. Ueber den Charakter der indirekten Besteuerung bei den übrigen Vorlagen besteht kein Zweifel. Nun wird eingewandt, die Einzelstaaten und Kommunen machen jetzt schon während des Krieges von der Erhöhung der direkten Steuern so umfangreichen Gebrauch, daß dem Reiche nichts mehr davon übrig bleibe. Darüber wäre manches zu sagen, wird insbesondere nach dem Kriege manches zu sagen sein.

Die neuen Steuern sollen nach dem Plan des Reichshaushalts für das Jahr 1916 480 Millionen Mark ergeben. „Kriegssteuern“ werden sie in der Aufstellung des Reichsetats genannt. Sie sollen auch nur Kriegsteuern sein, so wird uns versichert, das heißt, sie sollen nur während des Krieges bezahlt werden. Bei dem großen Geldbedarf des Reiches, der nach dem Kriege sich geltend machen wird, glauben wir kaum daran, daß an den jetzt zu beschließenden Steuern später etwas geändert wird, wenigstens nicht nach unten. Der Steuermann ist ein unbarmherziger Mann, was der erst einmal hat, läßt er nicht wieder los. Wir als Arbeiter wissen, daß wir von neuen Steuern nicht verschont bleiben können, das wollen wir auch gar nicht; aber Grundsatz jeder Steuererhöhung muß sein: Schutz den Schwachen und Gedrückten!

Ein Rundschreiben des Arbeitgeberbundes

Der Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe hat am 1. März folgendes Rundschreiben an die Mitglieder des Bundes gerichtet:

„Die 17. ordentliche Hauptversammlung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe hat am 29. Februar 1916 zu Berlin folgenden Beschluß gefaßt: Die Hauptversammlung gibt ihre Zustimmung zu der vom Geschäftsführenden Ausschuss in den Verhandlungen im Reichsamt des Innern abgegebenen Erklärung, auf die Tariflöhne Kriegszulagen zu gewähren, und zwar: in Tariforten bis zu 5000-Einwohnern pro Stunde 4 Pf., in allen übrigen Tarifgebieten mit neunstündiger Sommerarbeitszeit 6 Pf. pro Stunde, mit über neunstündiger Sommerarbeitszeit 5 Pf. pro Stunde.

Die Hauptversammlung beschließt trotz der erheblichen Schwierigkeiten in einzelnen Bezirken und trotz des Widerspruchs der Arbeitervertreter, den Reichstarifvertrag auf dieser Grundlage zu verlängern, diese Kriegszulage vom 15. März d. J. ab freiwillig zu gewähren.

Nach Ablauf des Reichstarifvertrages am 31. März dieses Jahres soll da, wo es die Beschäftigungsmöglichkeiten zulassen, den Arbeitern Gelegenheit gegeben werden, durch Verlängerung der Arbeitszeit ihren Verdienst zu erhöhen.

Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe ist nach wie vor Anhänger des Tarifvertrages und bereit, über die Verlängerung des bestehenden Reichstarifvertrages zu verhandeln, sobald von irgendeiner Seite Anregung dazu gegeben wird.

Die Mitglieder werden hierdurch ersucht, vom 15. März d. J. ab die beschlossene Kriegszulage zu zahlen. Dabei ist folgendes zu beachten:

Die festgesetzten Staffeln der Kriegszulage gelten für alle im Tarif bezeichneten Arbeiterkategorien in gleicher Höhe, das heißt Maurer, Zimmerer, Zementfacharbeiter, Zementarbeiter, Bauhilfsarbeiter usw. erhalten für jede geleistete Arbeitsstunde die gleiche für den Betriebsort bestimmte Kriegszulage.

Bei der Lohnberechnung ist zunächst der bisherige tarifmäßige Lohn mit etwaigen tarifmäßigen Zuschlägen anzusehen; hierzu kommt dann die Zulage, die durch den Normtarif (am besten Stempelgedruckte) „Kriegszulage“ als

folche zu kennzeichnen ist, damit Schwierigkeiten bei späteren Tarifverhandlungen vermieden werden.

Bis zum 31. März bleiben im übrigen alle Bestimmungen des Tarifvertrages in Kraft.

Falls bis dahin der Reichstarifvertrag für das Baugewerbe nicht verlängert wird, werden Arbeitsbedingungen aufgestellt und den Mitgliedern rechtzeitig zugesandt werden.

Alle Mitglieder werden ersucht, beim Hauptversammlungsbeschluss zur Durchführung zu bringen, höhere Löhne oder höhere Kriegszulagen aber keinesfalls zu zahlen. Vertikale und Einzelverhandlungen mit den Arbeitgebervertretern sind abzulehnen.

Mit Bundesgruß! Der Vorstand.

Die verteuerte Lebenshaltung

Wir haben in der vorigen Nummer der „Baugewerkschaft“ auf die „Stimme aus baugewerblichen Arbeiterkreisen“ in der „Deutschen Arbeitgezeitung“ hingewiesen, die die Frage aufwarf, ob es denn den Bauarbeitern so schwer falle, überhaupt ohne Teuerungszulage auszukommen.

Table with 4 columns: Item, Juli 1914, Juli 1915, Febr. 1916. Lists various food items like bread, milk, butter, etc., and their price changes over time.

Diese Aufstellung ist lehrreich. Reichlich das Doppelte mußte für diese Produkte aufgewendet werden. Aber was fehlt da nicht noch alles. Gemüse ist nicht dabei, Kaffee ebenfalls nicht, Kartoffeln auch nicht, ferner weder Kleider noch Schuhe usw.

20. Nov. 1915: 4. März 1916:

Table with 4 columns: Item, Juli 1914, Juli 1915, Febr. 1916. Lists items like rent, wood, coal, meat, and their price changes.

Table with 4 columns: Item, 20. Nov. 1915, 4. März 1916. Lists various types of meat like pork, beef, etc., and their prices.

Diese Zahlen sind jedenfalls geeignet, die Haltung der Bauarbeiterchaft in der Frage der Teuerungszulage begreiflich erscheinen zu lassen. Man läßt kein in schweren Kämpfen errichtetes Tarifgebäude zugrunde gehen, wenn nicht ganz außergewöhnlich wichtige Gründe dieses als das kleinere Übel erscheinen lassen.

Allgemeines

Das Eisene Kreuz erhielten folgende Kollegen: Heinrich Bode, Mitglied der Zahlstelle Hamm, Maurer; Unteroffizier Jakob Luz, Mitglied der Zahlstelle Mühlrappes (in Gefangenschaft geraten); Wilhelm Reischer, Mitglied der Zahlstelle Großkönigsdorf (leider inzwischen gefallen).

Vor großen Entscheidungen stehen wir nicht bloß auf militärischem, sondern auch auf finanziellem Gebiete. Die neue Kriegsanleihe ist aufgelegt. Da heißt es für jeden, der Kapital zur Verfügung hat, sich so weit als möglich an dieser Geldschlacht zu beteiligen.

Heimatshuß

Von Wilh. Pieper-Düffeldorf

(Fortsetzung.)

Sendet ist der Ausgang, und wir verlassen das Städtchen, das einstens in seiner Art so bedeutend gewesen und nur noch den schwachen Abglanz eines deutschen Stadtwalles in unsere Tage hinüber gerettet hat.

gewöhls wechseln mit gegenbringenden Zeiten stiller, rastloser Kulturarbeit. Und immer weiter zurück flieht der Geist, immer spärlicher, immer dunkler werden die Geschehnisse, die Bilder der Zeitgeschichte, bis er fast macht bei jenen Tagen der grauen Vorzeit, wo gewaltige Wälder, unabsehbar und undurchdringlich, das herrliche Land ringsum in Fesseln schlugen.

Altem ausgehen. Die Loren! Deutschland ist reich, ist finanziell kräftig und gesund. Das zeigt am besten die staunenswerte Tatsache, daß in den ersten neun Monaten 1915 in die deutschen Sparkassen mehr als 2000 Millionen Mark mehr eingelegt als zurückgefordert wurden.

Droht Zuckernappheit? Eine halbamtliche Nachsichtenstelle teilt mit:

Aus Kreisen der Verbraucher kommen in letzter Zeit vielfach Klagen, daß der Zucker teurer geworden sei und sogar, daß er stellenweise knapp werde. Wenn die Verkäufer die Preisaufschläge begründen mit der Steigerung des Rohzuckerpreises, so ist diese Begründung durchaus unzutreffend, denn die Erhöhung des Rohzuckerpreises gilt erst für den Zucker der Ernte 1916, also ab Oktober dieses Jahres.

Steuern auf Briefe, Patete, Telegramme und Frachten.

Unter den Steuererhöhungen, die von der Regierung zur Deckung der Kriegsschäden jetzt veröffentlicht werden, befindet sich auch einer auf Erhöhung der Post- und Fernspreckgebühren. Derselbe sieht vor: Von jeder Sendung bei Briefen im Orts- und Nachbarortverkehr zwei Pfennig, im sonstigen Verkehr fünf Pfennig, bei Postkarten zwei Pfennig, bei Drucksachen bis 50 Gramm ein Pfennig, bei Paketen bis zum Gewicht von 5 Kilogramm bis 75 Kilometer Entfernung fünf Pfennig, auf allen weiteren Entfernungen zehn Pfennig, beim Gewicht über fünf Kilogramm bis 75 Kilometer Entfernung zehn Pfennig, auf alle weiteren Entfernungen zwanzig Pfennig, bei Briefen mit Wertangabe bis 75 Kilometer Entfernung fünf Pfennig, auf allen weiteren Entfernungen zehn Pfennig, bei Postaufträgen bis fünf Pfennig, bei Postanweisungen im Betrage von mehr als 10 bis 50 Mark fünf Pfennig, über 50 bis 100 Mark zehn Pfennig, und über 100 Mark zwanzig Pfennig, im Postverkehr bei Beträgen von mehr als 10 Mark bei Zahlkarten fünf Pfennig von jeder Zahlkarte, bei Auszahlungen fünf Pfennig von jeder Auszahlung und bei Ueberweisungen von einem Postkontokonto auf ein anderes zwei Pfennig von jeder Ueberweisung, bei Telegramme von jedem Telegramm im Stadtverkehr fünfzehn Pfennige, im sonstigen Verkehr fünfzig Pfennige, bei Nachpostbriefen und Nachpostkarten von jeder Sendung fünf Pfennig, bei Anschlüssen an eine Orts-, Wohnungs- oder Bezirksfernsprechamt zwanzig Prozent von jeder Pausch- oder Grundgebühr, bei Ortsgesprächen von Teilnehmeranschlüssen gegen Grundgebühr, Gesprächen im Vorort-

steht der Dome gewaltiges Gebäude zum Himmelshin. So gab auch die christliche Kunst der alten deutschen Stadt Charakteristik und Schönheit, und diese Charakteristik und diese Schönheit, sie soll uns wieder auf neue erblicken; denn sie darf nicht sterben, weil sie deutsch ist, deutsch als Ausdruck des Empfindens der deutschen Vorfahren, deutsch als die Kunst unseres Mittelalters, deutsch als Sinnbild der Schönheit des deutschen Gebäuens.

leher, im Bezirksverkehr und im Fernverkehr zwanzig Prozent von der Gebühr für jedes Gespräch und bei Fernverkehr Nebenanschlüssen zwanzig Prozent von der Gebühr für jeden Nebenanschluß.

Ferner ist in Aussicht genommen, den Frachtkundensteuempel für Wagenladungen im Eisenbahnverkehr zu erhöhen und einen Stempel für Stückgutverkehr nach folgenden Säben einzuführen: Frachturkunden im inländischen Eisenbahnverkehr über Frachtstückgut und Expressgut fünfzehn Pfennig, Stückgut dreißig Pfennig, Frachtgut in Wagenladungen bei einem Frachttrage von nicht mehr als 25 M 1 M, bei höheren Beträgen 2 M, Stückgut in Wagenladungen bei einem Frachttrage von nicht mehr als 25 M 1 1/3 M, bei höheren Beträgen 3 M. Die Steuerfäße für Wagenladungen erhöhen sich auf die Hälfte, wenn das Labegewicht des stellten Wagens weniger als zehn Tonnen beträgt. Von dieser Erhöhung des Verkehrs wird man nicht verall erbaut sein.

Vom „Gegen“ des Krieges. Als im Jahre 1914 die Herrmannshöhle Aktien-Gesellschaft in Posen ihre Dividende von 9 auf 18 Prozent steigern konnte, wurde es auf die noch vorhanden gewesenen Getreidebestände erster Linie mit zurückgeführt. Wie jetzt mitgeteilt wird, beantragt nunmehr die Verwaltung auf der demnächst stattfindenden Generalversammlung die Verteilung der Dividende von 32 Prozent, also nahezu eine Verdoppelung. Dabei kommt man noch nicht die vorgenommenen Abschreibungen und versteckten Reserven. Die Kriegs-Getreide-Gesellschaft hat bisher immer erklärt, daß das Mehl nicht billiger zu liefern imstande sei. Nach dem solchen Ergebnis wird sie ernsthaft prüfen müssen, wie sie die bisherigen Wahllöhne aufrechterhalten kann, wenn wir wollen nicht die höheren Brotpreise zahlen, in eine Anzahl Aktionäre zu müssen.

Wer hegt die Bevölkerung gegen die Landwirtschaft auf? Auf einer Tagung der Landwirtschaftskammer der Provinz Westpreußen führte der frühere konservative Reichstagsabgeordnete v. Oldenburg-Jaunshau über die arbeitsvergehung aus:

Der Landwirtschaftsminister steht ganz auf unserem Boden, aber er ist mit seiner Meinung nicht durchdrungen, weil jetzt das Reich maßgebend ist. Ich habe gesagt, man muß für den Rentner Kartoffeln 5 bis 6 Mark zahlen, und wenn die Verbraucher diesen Preis nicht zahlen können, so muß der Staat die Kartoffeln unentgeltlich an die Leute mit einem bestimmten geringen Entschädigung liefern. Die neuen Erhebungen über die Kartoffelvorräte sind noch nicht abgeschlossen, aber man hat bereits mit der Beschlagnahme der Kartoffeln droht. Doch das Papier ist geduldig. Na, die Ausführung der Bestimmungen liegt ja in den Händen der Provinzialverwaltung, zu der wir Vertrauen haben. Sorgen werden wohl nicht ganz zu vermeiden sein, aber es ist besser, die Sache wird von der Provinzialverwaltung ausgeführt, als vom Bundesrat, sonst würde man es schließlich für notwendig erklären, daß die Berliner Droschkensperde Saatkartoffeln erhalten.

Seitens einer Reihe Landwirtschaftsvertreter ist den Verbraucherorganisationen zum Vorwurf gemacht worden, sie verhetzen die städtische Bevölkerung gegen die Landwirtschaft. Sind Ausführungen wie die vorstehenden, dazu geeignet, Liebe für die Landwirtschaft zu erwecken? Wahrscheinlich nicht. So unverständige Reden kann nur jemand hören, der von der Not der städtischen Bevölkerung nicht die kleinste Ahnung hat, der aber auch nicht versteht, welche Wirkung mit der Preisforderung, wie die hier gestellte, und selbst wenn sie vom Staat übernommen wird, erzielt wird. Verhegung gegen die Landwirtschaft treibt nur derjenige, der solche unverständigen Reden hört.

Umtausch von Quittungskarten freiwillig der kriegsstellnehmer. Die Quittungskarten der Invalidenversicherung der im Felde stehenden oder sonst

der vielmehr eine noch größere Berechtigung? Sie sind das Charakteristikum der Silhouette des deutschen Städtebildes, das seine Eigenart wahren und nicht untergehen soll in der Schablone unserer Zeit. Wir wollen im Bau unserer Wohnhäuser weder Stillosigkeit noch Disharmonie mit Rücksicht auf die jeweils üblich gewesene historische Bauart. Bereits wendet sich unsere Baukunst in steigendem Maße der deutschen Wiebelarchitektur zu, die wieder zu ihrem Ausgangspunkt zurückkehrt wie der sich immerfort schließende Kreis der Vollendung und Schönheit, die wohl vorübergehend schwinden, indes niemals untergehen kann. Wir verlangen ferner eine Verringerung der Bauberatungsstellen; wir verlangen eine vorbildliche Stellungnahme der Reichs-, Staats-, Provinz- und Stadtbehörden bei der Errichtung von Dienstgebäuden; wir verlangen eine Übertragung der Heimatshühbewegung nicht nur in bezug auf öffentliche und private Bauten — wir verlangen auch deren Anwendung bei der Ausführung von Brückenbauten jeglicher Größe und Art, bei der Herstellung von Bahnhöfen, Anlagen und Viadukten. Die hohe Obrigkeit besitzt Zeit und Geld und obendrein die Pflicht, beispielgebend an der Spitze zu marschieren, um so wehr, als sie sich ganz hervorragend mit schuldig gemacht hat an den baulichen Schäden unserer Zeit. Sodann liegt es greifbar nahe, und das Schmerzenskind „Industrie“ den Bestrebungen des Heimatshüh zugänglicher zu machen. Gibt es etwas päpstlicheres als die Duisburger und Essener Industrieviertel? Auch die Industrie soll sich den Geboten der deutschen geschmackvollen Architektur unterwerfen, und nicht nackt und laß sollen ihre Fabrikbauten daliegen, sondern eingehüllt sein in dem grünen Mantel rauchempfindlicher Bäume. Alles Unseine in der Industrie läßt sich eben nicht meistern, darum wünschen wir ein sonnigvolles Bedecken jener Mängel.

Sodann das deutsche Landschaftsbild! Da verlangen wir vor allen Dingen eine tüchtige Konzentration der In-

Pünktliche Beitragszahlung ist die Voraussetzung jeder geordneten Geschäftsführung. Am Sonntag, den 19. März, ist der dritte Beitrag für das Jahr 1916 fällig.

militärisch verwendeten freiwillig Versicherten müssen rechtzeitig, d. h. vor Ablauf der zweijährigen Gültigkeit, umgetauscht und die zur Erhaltung der Anwartschaft erforderlichen Beiträge geleistet werden. Von amtlichen Stellen wird hierzu angeregt, daß, soweit die Beteiligten nicht selbst zur Deckung der Beiträge in der Lage sind, die Gemeindebehörden im eigenen Nutzen nötigenfalls die hierzu erforderlichen Mittel verauslagten.

Es sei hierzu bemerkt, daß nur den Versicherungs-pflichtigen, nicht aber den freiwillig Versicherten, diejenigen Wochen, in denen sie in Kriegszeiten zur Erfüllung der Wehrpflicht eingezogen sind oder freiwillig militärische Dienstleistungen verrichten, als Beitragswochen angerechnet werden, ohne daß Beiträge entrichtet zu werden brauchen. Die freiwillig Versicherten müssen daher, um ihre Ansprüche an die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung aufrechtzuerhalten, auch wenn sie im Felde stehen, die Beiträge weiter entrichten bzw. durch Beauftragte entrichten lassen.

Wirtschaftliche Bewegung

Bezirk Köln.

Düsseldorf. Auf unserer gutbesuchten Generalversammlung berichtete der Bezirksleiter, Kollege Lange, über das Ergebnis der zentralen Tarifverhandlungen. In der Diskussion wurde das Verhalten der Arbeitgeber stark kritisiert. Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heute, am 27. Februar, in Düsseldorf tagende Generalversammlung nimmt Kenntnis von dem unbefriedigenden Angebot der zentralen Tarifverhandlungen. Das minimale Angebot des Vorstandes des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, erklärt die Versammlung als unannehmbar. Eine Lohnerhöhung von 5 Pfg. pro Stunde sind nur 7 Prozent, während die Teuerung in Düsseldorf mehr als 70 Prozent beträgt und selbst vom Staatssekretär Dr. Deibrick, im Reichsdurchschnitt mit 58 Prozent angegeben ist. Die Versammelten erheben die Forderung von 14 Pfg. und sind überzeugt, daß diese Forderung nur eine geringe Entschädigung für die vorhandene Teuerung ist.

Die Versammelten verpflichten sich mit aller Energie für die Durchführung der Forderung einzusetzen und fordern alle Kollegen auf, auch für die Stärkung der Organisation Sorge zu tragen.“

Darmen, den 1. März, 1916. Heute hielt unsere Zahlstelle eine besondere Versammlung ab, um zu dem Resultat der zentralen Tarifverhandlungen Stellung zu nehmen. Vor Eintritt in die Tagesordnung erinnerte Vorsitzende, Kollege Bangert, an die gefallenen Kollegen und gab weiter bekannt, daß unser eifriger Vertrauensmann, Kollege Georg Weidemann, uns durch den Tod entzissen ist. Ergreifend sei die Verdrigung gewesen: fünf Söhne und zwei Schwiegeröhne in Feldgrau umstanden das Grab. Kollege Weidemann habe bis zum letzten Augenblick für den Verband gewirkt. Alle Mitglieder würden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Das Andenken des Verstorbenen sowie der gefallenen Soldaten wurde in der üblichen Weise geehrt. Sodann erstattete der Bezirksleiter, Kollege Lange, Bericht über den Verlauf der zentralen Tarifverhandlungen. In der anschließenden regen Aussprache wurde allgemein der Standpunkt vertreten, daß das Angebot der Unternehmer durchaus ungenügend sei. Bei der gewaltigen Teuerung bedeuteten 5 Pfg. Lohnerhöhung nicht viel mehr als einen

Tropfen auf einen heißen Stein. Es müßte darum an der Forderung von mindestens 14 Pfg. festgehalten werden. Ein vertragsloser Zustand sei nicht wünschenswert. Es wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß die Unternehmer des Wuppertales mehr Entgegenkommen zeigen würden, und daß dann eine Vertragsordnung auf ein Jahr erfolgen könne. In diesem Sinne solle die Organisationsleitung tätig sein. — In Punkt „Verschiedenes“ wurden Klagen laut, daß die Unternehmer nicht überall die tariflichen Zuschläge für auswärtige Arbeiten zahlen. Die ungünstige Lage im Baugewerbe des Wuppertales würde oft rücksichtslos ausgenützt. Auch wurde von mehreren Kollegen hervorgehoben, daß auf den Baustellen nicht genügend agitiert würde. Es riefen sich vereinzelt Unorganisierte ein, wodurch weitere Schädigungen zu befürchten wären. Mit einem Appell an das kräftige Agitieren auf den Baustellen schloß der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung.

Friedrich bei Bonn, den 5. März 1916. Heute hielt die Verwaltungsstelle Bonn hier eine außerordentliche Versammlung ab. Zu der Versammlung waren besonders auch Kollegen von den Zahlstellen Godesberg, Geislar, Bergheim und Bonn erschienen. Es galt Stellung zu nehmen zu der Tarifverlängerung und der Teuerungszulage. Nach dem Bericht des Bezirksleiters über den Verlauf der zentralen Verhandlungen und der weiteren Beschlüßfassung des deutschen Arbeitgeberbundes befaßte sich die Versammlung in reger Diskussion mit der Angelegenheit. In der Aussprache wurde allgemein bedauert, daß der deutsche Arbeitgeberbund in Anbetracht der gewaltigen Teuerung, die einzelne Kollegen auf 70 und 80 Proz. ihrer Haushaltungskosten angaben, ein so geringes Entgegenkommen gezeigt habe. Aus der Versammlung wurde folgende Resolution eingebracht und einstimmig angenommen: „Die am 5. März tagende gutbesuchte Versammlung der Verwaltungsstelle Bonn des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands nimmt Kenntnis von dem Resultat der zentralen Tarifverhandlungen. Die Versammlung bedauert, daß der deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe so wenig soziale Einsicht bekundet hat. Das Angebot von 5 Pfg. Teuerungszulage muß für die Bonn-Godesberger Verhältnisse als unbefriedigend bezeichnet werden. Eine Teuerungszulage von 5 Pfg. pro Stunde bedeuten bei dem Tariflohn 8 Proz., während die Teuerung mehr als 70 Proz. beträgt. Für das Bonn-Godesberger Tarifgebiet ist eine so minimale Aufbesserung besonders auch aus dem Grunde ungenügend, weil hier die Tariflöhne um 13 und mehr Pfennige pro Stunde hinter den Nachbarstädten und anderen gleichbedeutenden Städten zurückstehen. Die Versammelten erwarten von den Bauarbeitern des Bonn-Godesberger Gebietes ein bedeutend weiteres Entgegenkommen. An alle noch nicht organisierten Bauarbeiter richtet die Versammlung die Aufforderung, sich unverzüglich dem Zentralverband christlicher Bauarbeiter anzuschließen, da dann die Interessen der Bauarbeiter in jeder Richtung gewahrt sind. Alle Anwesenden verpflichten sich, für die Stärkung der Organisation auf den Arbeitsstellen Sorge zu tragen.“ — Nach einem packenden Schlusswort des Bezirksleiters wurde die Versammlung geschlossen.

Bezirk Frankfurt a. M.

Cassel. Am 29. Februar beschäftigte sich unsere Mitgliederversammlung mit der Tarifbewegung. Kollege Stahl aus Fulda referierte über den bevorstehenden Tarifablauf. In einer Entschließung erklärte die Versammlung das von den Unternehmern gemachte Angebot für ungenügend, zumal die Mehrzahl der Unternehmer staatliche oder Heeresarbeiten ausführen, für die Preise gezahlt werden, die ein höheres Angebot einfach als selbstverständlich erscheinen ließen. Sie erklärte daher ihre Zustimmung zu der ablehnenden Stellung der Verhandlungsteilnehmer. Was bei den zentralen Verhandlungen verlangt wurde, gefe keineswegs über das hinaus, was in Wirklichkeit dem Bauarbeiter zugestimmt werden müsse. Die Versammlung befand einstimmig, daß die Bauarbeiter nur einem Tarifvertrag zustimmen könnten, der eine Lohnerhöhung bringt, die einigermaßen im Vergleich zu der horrenden Teuerung steht. Es wurde aber auch mit allem Nachdruck der Standpunkt vertreten, daß jetzt nur eines notwendig sei: die Geschlossenheit und Stärke der Organisation, wozu jeder seine ganze Kraft einsetzen müsse und jeden Anwesenden dem Verbandszuführen, um für die Zukunft gerüstet zu sein. Darum auf für neuen Arbeit.

Bezirk Königsberg i. Pr.

Die Lage des Arbeitsmarktes für das Baugewerbe Ostpreußens im Februar hat sich nach dem Bericht des Ostpreussischen Arbeitsnachweisverbandes C. B. gegen den Vormonat nicht wesentlich geändert. Da die Bautätigkeit infolge der ungenügenden Bitterung noch nicht aufgenommen werden konnte, ist eine stärkere Nachfrage nach Bauhandwerkern nicht zu verzeichnen. Bei beginnender Bauperiode ist aber mit einem sofortigen starken Bedarf an Maurern und besonders Zimmergehilfen bestimmt zu rechnen. Ein starker Zuzug von auswärtigen Bauarbeitern wird dringend erwünscht und erforderlich sein. Der in Ostpreußen für Maurer und Zimmerer gezahlte Stundenlohn beträgt jetzt durchschnittlich 90 Pf. Die Reisekosten werden vom Arbeitgeber erstattet. Für die Unterbringung der Arbeiter soll durch Errichtung von Baracken und auf sonstige Art vorgesorgt werden. — Der Arbeitsmarkt im Holzgewerbe hat eine weitere Besserung nicht zu verzeichnen, doch dürfte sie mit der Aufnahme der Bautätigkeit mit Sicherheit zu erwarten sein. Die Tariflöhne für Tischler sind in der Provinz schon jetzt überboten; durchschnittlich werden 60—70 Pf. Stundenlohn gezahlt. — Ueber die Arbeitsbedingungen und Arbeitsvermittlung geben Auskunft die Arbeitsnachweise für das Baugewerbe und Holzgewerbe, Königsberg, Klappertwiese 3, die auch Ausweise zur Erlangung der Fahrpreisermäßigung von 1 Pf. für das Kilometer an Arbeiter ausstellen, die in Ostpreußen Arbeit annehmen wollen.

dustrie. Nach den schönsten Erdensiedchen unserer Heimat streckt sie ihre ruhigen Finger. Wo blieb die stille Schönheit des Münsterlandes, die des Niederrheins, wo die Lieblichkeit des rebenumkränzten, liebergewaltigen Rheintals? Wo bleibt das deutsche Dorf, das in seinem idyllischen Reiz einen unbedingten Bestandteil der deutschen Landschaft bildet? Da brennt es und dort, ganze Dörfer fallen der gefährigen Flamme jahraus, jahrein zum Opfer, und wie baut man auf? Vierkantige Backsteinkästen, schreiend bunt gemauerte Dächer; sie sind heute der Stolz des Bauern. Selbst die alten Baumbeteranen, die Jahr und Tag an des Hofes Saum wacht hielten, sie müssen der Geschmacksrichtung der neuen Zeit weichen, die freie Perspektive liebt. Und dieser freien Perspektive zuliebe macht man ganze Arbeit, reißt man ganze Häuserblocks, Mauern und Türme nieder, holzt man ganze Wälder ab. Und die Perspektive rückt ständig weiter, und mit Frankhaft gesteigertem, ständig wilder werdendem Eifer reißt man nieder, hackt und sagt man, bis man schließlich vor Perspektive überhaupt nichts mehr sieht. Das ist Unfug, und Unfug kann nur durch gesetzliche Maßnahmen beseitigt werden. Darum verlangen wir, daß uns das Gesetz durch geeignete Maßregeln und Vorschriften unterstützt.

Die Anfänge zu einer allumfassenden Heimatshühbewegung sind vorhanden; deren Ausbau und Vertiefung ist unser nächstes Ziel. Und daran mitzuwirken, rufen wir alle Heimat-, alle Vaterlandsfreunde auf. In einem Jungbrunnen der Gesundung der deutschen Volksseele soll unser Streben führen. Aber des Sieges herrliche Krone winkt nur dann, wenn alle, alle sich dem Dienste unserer guten deutschen Sache weihen. Darum laßt Heuerbrände lösen auf allen Höhen, auf daß es die Taler hinauf, hinunter und weit in die Berge hinausleuchte: Deutsches Volk für dein deutsches Vaterland.

